

Rezension:**André Christian Wolf, Annette Zimmer: Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden 2012**

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene ist ohne die in den letzten rund 20 Jahren entstandenen Infrastruktureinrichtungen nicht mehr denk- und umsetzbar. Insgesamt arbeiten in den bundesdeutschen Kommunen inzwischen über 2.000 Einrichtungen, die als Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen, Stadtteilbüros oder Selbsthilfekontaktstellen spezifische Angebote für freiwillig aktive Menschen offerieren. Die Landschaft dieser „Engagementinfrastruktur“ lässt sich nicht nur als vielfältig hinsichtlich Trägerschaft, Zielgruppen und Projekten beschreiben, sondern wirkt zunehmend unübersichtlich, sodass in Politik, Wissenschaft und Praxis der Ruf nach einer kritischen und differenzierten Bestandsaufnahme dieser Infrastruktur und deren Einrichtungstypen lauter wird. Eine derartige vergleichende Ist-Analyse steckt trotz des wachsenden Interesses an einer Bündelung und Vernetzung der Engagementinfrastruktur noch in den Kinderschuhen, sieht man von einzelnen Studien zum Beispiel der Universität Duisburg-Essen zum Stand in Nordrhein-Westfalen ab.

Gliederung

Vor diesem Hintergrund haben André Wolf und Annette Zimmer im Auftrag des Bundesfamilienministeriums den Versuch gewagt, eine kritische Bestandsaufnahme von acht Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung durchzuführen und Vorschläge für deren Weiterentwicklung zu generieren. Diese Herkulesaufgabe erforderte einen komplexen methodischen Zugang. Zunächst wurden auf Basis der einschlägigen Fachliteratur diejenigen Einrichtungstypen identifiziert, die es hinsichtlich einer Bestandsaufnahme zu analysieren galt: Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Lokale Bündnisse für Familie, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilbüros sowie kommunale Stabsstellen. Mit einer Ausnahme wirkt diese Auswahl plausibel: Abgesehen von den Lokalen Bündnissen für Familie haben die anderen sieben Einrichtungstypen wesentliche Akzente in der lokalen Engagementförderung gesetzt und werden auch künftig eine wichtige Rolle im Kontext der Entwicklung von „Bürgerkommunen“ spielen. Die Auswahl der Familienbündnisse war wohl der Tatsache geschuldet, dass jene im

Rahmen eines Modellprogramms des BMFSFJ gefördert wurden und daher in den Vergleich integriert werden sollten.

Im zweiten methodischen Schritt wurden Entstehung, Aufgaben und aktuelle Herausforderungen der jeweiligen Einrichtung analysiert, um auf dieser Grundlage Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Risiken der Einrichtungen zu erläutern. Die kritischen Bestandsaufnahmen mündeten in Thesen zur Zukunft der acht engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen, die Hinweise zum Aus-, Um- und auch Rückbau des entsprechenden Einrichtungstypus geben.

Um diese Thesen anhand der Wirklichkeit in der kommunalen Praxis zu überprüfen, wurden in einem dritten Schritt die konkreten Erfahrungen aus sechs Modellkommunen systematisch ausgewertet. Zur Identifizierung dieser Modellkommunen wurde eine bundesweite Ausschreibung lanciert, in deren Folge sich rund 50 Kommunen bewarben. Mit den Städten Rheine, Syke, Frankfurt/Main, Ettlingen, Halle/Saale und Jena wurden Kommunen ausgewählt, die die Vielfalt an regionalen und länderspezifischen Kontexten der Engagementförderung widerspiegeln.

Ergebnisse und Bewertung

Die Forschungsarbeit von Wolf und Zimmer ist mit Blick auf die übersichtliche, systematisch angelegte und kritische Bestandsaufnahme der acht Infrastruktureinrichtungen sehr verdienstvoll. Sowohl Fachleute als auch die interessierte Öffentlichkeit erhalten Basisinformationen zu Aufgabenspektren, Finanzierungsquellen und Kooperationspartnern von Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen und Mehrgenerationenhäusern, die den Mehrwert und das Spezifische der jeweiligen Einrichtungstypen verdeutlichen helfen. Die vergleichende Gesamtschau auf Gegenwart und Zukunft der Infrastruktureinrichtungen ist ebenfalls instruktiv und nachvollziehbar. So wird eingehend beschrieben, inwiefern die acht analysierten Einrichtungen strategisch zwischen den Polen Konkurrenz und Kooperation oszillieren (müssen): Auf der einen Seite steigt angesichts der wachsenden Anzahl der Einrichtungen die Konkurrenz um begrenzte, chronisch unterfinanzierte öffentliche Fördermittel zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Arbeit der Infrastruktureinrichtungen. Auf der anderen Seite kann Kooperation und Vernetzung (mit anderen Einrichtungstypen) eine strategische Option sein, um auch in Zukunft eine eigenständige Rolle in der lokalen Engagementförderung zu spielen.

Grundsätzlich plädieren die Dach- und Fachverbände der jeweiligen Infrastruktureinrichtungen, unterstützt durch das Votum der Enquete-Kommission des

Deutschen Bundestags, für die weitere organisatorische Eigenständigkeit. Dies erfordert kooperative Konzepte, da diese unter Berücksichtigung der lokalen Rahmenbedingungen den Erhalt des ausdifferenzierten Aufgabenspektrums in eigenständigen Einrichtungen ermöglichen.

In der Gesamtschau der Bestandsaufnahmen fällt die Bilanz zu den Kooperationsvoraussetzungen freilich ambivalent und geteilt aus: So scheint der Wille zur Zusammenarbeit bei den meisten Einrichtungen vorhanden zu sein. Auch gibt es punktuelle Erfahrungen der Kooperation zwischen den einzelnen Einrichtungstypen, die zumeist positiv ausfallen. Allerdings finden Kooperationen deutlich seltener innerhalb der Szene der Infrastruktureinrichtungen statt als zwischen einzelnen Einrichtungstypen und Verbänden, Vereinen, Initiativen, Stiftungen und Unternehmen. Mit Blick auf die von Wolf und Zimmer skizzierten Belastungsfaktoren einer (möglichen) Kooperation und Vernetzung wird deutlich, dass hohe Hürden zu überwinden sind, um die angestrebte „Synergie“ der verbesserten Zusammenarbeit der lokalen Engagementförderlandschaft zu erreichen. So bleibt die finanzielle Abhängigkeit vieler Infrastruktureinrichtungen von öffentlichen Fördergeldern (Kommune, Land und Bund) ein Faktum, das oft dazu führt, dass die Einrichtungen zunächst erst einmal Lobbying in eigener Sache betreiben, bevor Kooperations- und Vernetzungsperspektiven in den Blick kommen, die die Engagementförderung vor Ort insgesamt nach vorne bringen können. Eine Konkurrenz um Gelder, Themen und Projekte erschwert das für Kooperationen so essentielle Vertrauen in potenzielle Partnerschaften.

Diese Konkurrenzsituation wird zudem durch die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung verstärkt, die in ihrer sogenannten „Nationalen Engagementstrategie“ den Kommunen die Zuständigkeiten für die Sicherung der Engagementinfrastruktur aufbürden, ohne die eigene Verantwortung jenseits von Modellprogrammen zu sehen. Ferner schreibt die „Nationale Engagementstrategie“ ausgerechnet den Bürgerstiftungen eine zentrale Rolle zur Finanzierung dieser Infrastruktur zu. Wer die Praxis von Bürgerstiftungen kennt – der Rezensent ist im Vorstand der Bürgerstiftung Köln ehrenamtlich aktiv – kann mit Wolf und Zimmer über derartige Zuschreibungen nur den Kopf schütteln: Die wenigsten Bürgerstiftungen verfügen über hinreichendes Stiftungskapital, um hauptamtliche Strukturen aufzubauen. Die verfügbaren und überschaubaren Mittel werden in aller Regel zur Projektfinanzierung investiert – eine Infrastrukturförderung ist folglich nicht ansatzweise realisierbar. Viele Bürgerstiftungen konkurrieren somit faktisch um Spendengelder in einem lokalen Spendenmarkt, in dem naturgemäß auch viele

Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen unterwegs sind.

Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, ob die von Wolf und Zimmer skizzierten relativ konkreten Aus-, Um- und Rückbauvorschläge tatsächlich die Kooperationsbereitschaft der untersuchten Infrastruktureinrichtungen erhöhen? Eine weitere Frage schließt sich an: Reicht die Datenbasis der Studie sowie die Empirie (der sechs Modellkommunen) aus, um zu solch weitreichenden Empfehlungen zu kommen?

Umgekehrt könnte ein Schuh daraus werden: Bund, Länder und Kommunen einigen sich auf eine nachhaltige, von vielen ExpertInnen seit langem geforderte „Grundsicherung“ für die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung und setzen diese um. Auf dieser Grundlage kann dann transparent und fair über nötige Fusionen und Kooperationen der Engagementsinrichtungen verhandelt werden. Gleichzeitig kann die Vernetzung der Infrastruktureinrichtungen vor Ort nach dem Vorbild einiger kommunalen und regionaler Bündnisse und Netzwerke (z.B. Köln, Augsburg, Hannover, Hamburg, Berlin, Ruhrgebiet, Emsland) vertieft werden, um den Entwicklungsprozess der Engagementinfrastruktur sinnvoll zu flankieren.

Martin Rüttgers ist Diplom-Politologe und gründete 2004 das Forschungs- und Beratungsinstitut Martin Rüttgers. Er ist ehrenamtlich aktiv für Mehr Demokratie e.V., Kölner Freiwilligen Agentur und die Bürgerstiftung Köln.

Kontakt: info@martin-ruettgers.de